

Schweden: Viel zusammengetragener Quatsch über Schweden von Debora Weber-Wulff

WP

Das Land Schweden ist eine Monarchie, aber eine parlamentarisch-demokratischer. Seit 1921 haben sie das Frauenwahlrecht. König Carl XVI Gustaf ist seit 1973 Staatsoberhaupt. Seine Aufgaben sind rein zeremoniell und repräsentativ. Der König ist mit keiner politischen Machtbefugnisse ausgestattet, er nimmt am politischen Leben nicht teil. Lange Zeit galt Schweden als Musterland der Sozialdemokratie. Es wurde von den Linken in vielen Europäischen Ländern als erfolgreiches Beispiel für den *dritten Weg* zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus angesehen. Aber seit den Reformen in den 90er Jahren hat sich das geändert. Schweden hat 21 Provinzen, *län* genannt. Staatlicher Verwaltungschef auf regionaler Ebene ist der Regierungspräsidenten (schwed. *landshövding*), es gibt auch eine Provinzialregierung (schwed. *länsstyrelse*).

WPCopy

Schwedens politische System umfasst alle politischen und staatlichen Akteure, Prozesse und Institutionen die Entscheidungen treffen. Es ist als dezentraler Einheitsstaat organisiert innerhalb einer parlamentarische Monarchie. Die direkt gegeneinander konkurrierenden Parteien sind von zentraler Bedeutung, sowie der Reichstag, der damit beauftragt ist, den Ministerpräsidenten zu wählen. Der Staatsoberhaupt ist der König, er nimmt aber nur repräsentative Aufgaben wahr, wie in der Verfassung verankert. Die Thronfolge ist durch einen Gesetz, die Successionsordnung, geregelt.

Der König agiert rein repräsentativ und zeremoniell, er hat keine politische Machtbefugnisse und nimmt am politischen Leben nicht teil.

Referendum

Durch die Volksabstimmungen, die in den letzten Jahren in Österreich sowie Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden zur EU/EG-Frage durchgeführt worden sind, gibt es Anlass, über dieses Instrument nachzudenken. Im folgenden werden die Geschichte, die Funktion, die Zielsetzungen und die Bedeutung dieses politischen Instruments dargestellt und bewertet werden.

Umgangssprachlich wird oft in Deutschland von Volksabstimmungen gesprochen, ohne aber den Begriff genau zu definieren und die unterschiedliche Verfahrensweise darzustellen. Wir müssen uns zunächst über den Begriff selber im klaren werden. Schematisch sieht man in Tabelle 3 die unterschiedlichen Möglichkeiten, der Volksmeinung per direkter Befragung zu ermitteln. Der Hauptunterschied ist einerseits dem Initiativrecht der Bevölkerung, das heißt, das Volk kann eine politische Frage zur Abstimmung bringen, und andererseits dem Referendumsrecht.

Kalmar

Die Stadt Kalmar liegt an der historischen Grenze zwischen den Königreichen Schweden und Dänemark. Sie nutzt die nach ihr benannte Union zur Selbstdarstellung im ganz Skandinavien. Aber stimmt das, dass die Kalmarer Union die noreuropäischen Völker geeint hat?

Dänemark freut sich über die Legende, dass sie die älteste Monarchie der Welt seien. Manchmal trauern sie aber den vergangenen Großmachtstaus nach. 1397 wurde in Personalunion die Königreiche Norwegen, Dänemark und Schweden-Finnland unter die Vorherrschaft Dänemarks vereint. Noch bis zum 30-jährigen Krieg waren sie Grossmacht in Europa. Sie verkauften die westindischen Inselkolonien 1917 an die USA, Island gelangte Unabhängigkeit in 1944, und damit ist der letzte Glanz ihre geographische Herrschaft verblieben. Nur noch die autonomen aber dem Königreich zugehörigen Atlantikinseln Grönland und die Färöer sind geblieben.

OA

Die 80er Jahre brachten in Norden zunächst eine immer zunehmende Zahl an verkauften Exemplare, nach dem wie in vielen Ländern des Westens sein Ende von WWII ein großes Sterben der Zeitungen einsetzte. Beide die Zahl an selbständige Zeitungen und die Anzahl an verkaufte Exemplare haben sich reduziert. Erst Ende der 80er Jahre gerieten die Zeitungen erneut in Schwierigkeiten, in Zusammenhang mit den Wirtschaftskrisen.

Dies zeigten allerdings weniger in Rückgang der Zahl der Abonnements als in verminderten aufkommen von Anzeigen. Die schwedische Presse profitiert von allen präsentierten nordischen Ländern wahrscheinlich am meisten von staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung. Zum Beispiel wurden sie vom Umsatzsteuer befreit, es gab niedrige Steuern auf Anzeigen, etliche postalische Vergünstigungen, Hilfen bei der Zusammenarbeit der Zeitungsdistributoren und direkte Unterstützung für lokale Zweitzeitungen, die weniger als die Hälfte der entsprechenden Haushalte erreichen.

WP

Die Quellen des politischen Systems in Schweden liegt in den 1618 durchgeführten Verwaltungsreformen von Axel Oxenstierna. Im Gegensatz zu vielen anderen Demokratien dürfen die schwedische Minister, die die Regierung darstellen, die ausführenden Organe nicht direkt steuern. Das ist die ostnordische Verwaltungsreform, die auch in Finnland gebraucht wird. Vielmehr sind die Zentralämter, die *ämbetsverk*, die unabhängig agieren wie das Skolverket oder das Trafikverket, um zwei aus ca. 200 zu nennen, welche die Aufgaben erfüllen, die sonst in anderen Ländern durchaus von Ministerien oder Landesverwaltungsapparate realisiert werden. Andererseits haben die Ministerien als Aufgabe, Gesetzesvorlagen auszuarbeiten und sogar die Möglichkeit, die Arbeit in den Zentralämter durch Verordnungen zu beeinflussen. Der Reichstag ernenne den Ministerpräsidenten (*statsminister*) und er oder sie ernennt die Regierung (schwed. *statsråd*).

WPCopy

Das Land Schweden hat ein Einkammerparlament, das Reichstag. 349 Abgeordneten sitzen im Haus, die nach Verhältniswahlrecht und ein besonderes Verfahren bestimmt werden. Die Legislaturperioden dauern in der Regel vier Jahr. Gewählt wird immer am 3. Sonntag im September.

Die Parteien im Reichstag bilden Fraktionen (schwed. *riksdagsgrupp*). Die Arbeitsweise der Fraktionen ist nicht gesetzlich geregelt. Sie entscheiden selber, wie sie arbeiten. Sie bekommen finanzielle Unterstützung.

Die wichtigsten Reichstagsaufgaben sind

1. Der Wahl des Premierministers
2. Die Gesetzgebung
3. Die Beschlussfassung bezüglich Steuern, Staatshaushalt und Abgaben
4. Die Kontrolle über die Regierung
5. Die Entlassung von Regierungsmitglieder oder des Premierministers durch ein Misstrauensvotum

Um die Verfassung zu ändern, muss ein vorgebrachter Änderungsvorschlag zunächst die einfache Mehrheit im Reichstag bekommen.

Referendum

Die Verfassung Schweden (*regeringsformen* im Jahr 1980)

Die schwedische Verfassung (*regeringsformen* von 1980) spricht im 8. Kapitel, §15 von einer beschließenden Volksabstimmung bei Verfassungsänderungen. Diese kann von 1/3 der Abgeordneten im *riksdag* erzwungen werden. Sie wird dann zusammen mit der nächsten Reichstagswahl stattfinden. Die norwegische Verfassung aus dem Jahr 1814 sieht Volksabstimmungen gar nicht vor, die isländische sieht Verfassungsänderungen nur bei Beschluss durch zwei aufeinanderfolgende *Althinge* (Art. 11, 26, 79) vor. Auch in Deutschland werden Volksabstimmungen nicht als normales Entscheidungsverfahren angesehen. Im Artikel 146 des Grundgesetzes heißt es: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Kalmar

Andererseits hat Schweden Gustav I. Vasa gefeiert für die Loslösung von der Kalmarer Union und die Unterordnung unter die Dänen, die unter seiner Führung stattfand. Das Land ist stolz auf die Großmachtposition, die Gustav II. Adolf während des 30-jährigen Krieges erstritten hat. Wie Schweden ist für Norwegen die Gedanken an die Zeit unter dänischer Herrschaft während der Zeit des gemeinsamen Unions sehr schmerzhaft. Das ist weil die Union den ersten Schritt Richtung Verlust der gleichberechtigten vorhandenseins im Bund des Königreichs Dänemark-Norwegen. Finland sieht Kalmar als historisch und geographisch sehr weit weg, weil sie erst 1917 ihre staatliche Unabhängigkeit erreicht hat.

Wie kommt man dann auf die glorreiche Idee, ein Jubiläumstag der Kalmarer Union als eine Anlaß zu nehmen, über Nordismus nachzudenken und Kalmar sogar als der Haputstadt des Nordes auszurufen?

OA

Die schwedische Regierung unterstützte die Presse in 1885/86 mit fast 500 Millionen Kronen. Das ist ca. 30 % der Mittel, der den Zeitungen überhaupt zur Verfügung stand. Die Förderung führt dazu, dass es immer noch üblich ist in Schweden, trotz der dauerhafte Krise der großen Abonnementszeitungen, zwei Zeitungen in einem Haushalt zu abonnieren, ein Boulevardblatt und eine lokale Morgenzeitung. Manche Haushalte abonnieren sogar noch eine überregionale Zeitung als dritte Tagesszeitung. Schweden erreicht dadurch eine der höchsten Verkaufszahlen pro Einwohner der Welt: 60 Exemplare auf 100 Bewohner im Jahr 1987. In der alten Bundesrepublik waren es nur 33, in de USA lediglich 31 und in Frankreich sehr niedrig 25 Exemplare pro 100 Einwohner. Schweden besitzt so viele unabhängige Tageszeitungen wie die Länder Frankreich oder Großbritannien, die viel größer sind.

WP

Die Selbstverwaltungen in den Kommunen passiert seit 2003 auf zwei Ebenen:

- Es gibt es 290 Gemeinden, (schwed. *kommun*), die kommunalen Aufgaben wahrnehmen, wie das Schulwesen, die soziale Dienstleistungen, Alten- und Kinderbetreuung sowie die Pflege der kommunale Infrastruktur. Allerdings werden die Rahmenbedingungen bestimmt von den zentralen Behörden,
- und 16 Provinz-Landtagen (schwed. *landsting*), die eine Art Verbund der Kommunen ist (nicht den staatlichen *länsstyrelse*). Sie sind für diejenigen Bereiche der Selbstverwaltung der Kommunen zuständig, die zu komplex sind für den einzelnen Gemeinden. Hierzu zählt das Gesundheitswesen, die Krankenpflege, Regionalverkehr und der Planung von überkommunalen Verkehrsstrukturen.

Einkommenssteuern werden durch beide erhoben, sie bekommen auch Abgaben und Zuschüsse von staatlicher Seite.

WPCopy

Ist diese zu Stande gekommen, muss der Referendumsvorschlag in der kommenden Legislaturperiode noch mal mit lediglich einfacher Mehrheit angenommen werden. Das heißt, dass zwischen beide Abstimmungen unbedingt eine Reichstagswahl liegen muss. So kann das Volk Einfluss auf die Parteienverhältnisse und die Mehrheiten bei der zweigen Abstimmung.

Dieser Art der Verfassungsänderung ist am gebräuchlichsten, es gibt aber ein modifiziertes Verfahren, die auch Anwendung finden.

Gesetzesvorschläge können als Proposition der Regierung oder Motion von einem einzelnen Abgeordneten zur Abstimmung gebracht werden. Ist das Gesetzesvorhaben komplex, wird auf ein Konsens hingewirkt in einem sog. „Remiss“-Verfahren. Hierbei wird eine Kommission eingesetzt, die den Sachverhalt prüft. Die Ergebnisse werden als

Danach wird zunächst eine Kommission berufen, die den Sachverhalt untersucht. Die

Ergebnisse werden als „Statens Offentliga Utredningar“ (SOU) publiziert und werden alle betroffenen Einrichtungen, öffentlich sowie privat, zugestellt, damit sie dazu Stellung nehmen können.

Referendum

Wenn man versucht, Volksabstimmungen zu kategorisieren wird deutlich, dass einer der Probleme bei der Initiativrecht liegt. Wer hat den Erlaubnis, Gesetzesinitiativen zu lancieren? Das kann entweder beim Staatsoberhaupt, bei der Regierung oder Parlament, oder sogar bei den Wahlberechtigten selber liegen. Meistens sind es die Regierung oder die Volksvertretung, die dafür Verantwortung übernimmt. In etlichen Fällen ist es zwar in der Verfassung vorgeschrieben, zu welchen Themen eine Volksabstimmung passieren muß, aber die Bestimmungen sind oft vage. Am Beispiel Norwegen sieht man, wie schon diskutiert, dass es eine Gewohnheitsfrage ist. Eine unregelmäßige Rechtslage macht es notwendig, dass der Parlament ein Konsens erreicht. Das war offensichtlich immer so in Nordeuropa, und das brachte Probleme mit sich.

Kalmar

Kalmar war schließlich auch Namensgeber für einigen kriegerischen Auseinandersetzungen in Nordeuropa. Der Kalmarer Krieg zwischen Dänemark und Schweden in 1610 bleibt in blutigster Erinnerung. 600 Jahre später, in was für einem Glanz kann der „Nordischen Union“ grenzübergreifend in Skandinavien stehen? Wie war der Zusammenschluß möglich? Hier ist nicht der Platz, um die sehr große Debatte in der Geschichtswissenschaften über das Zustandekommen der Kalmarer Union, die Papiere die in Kalmar ausgehandelt und unterzeichneten wurden, sowie ihre Rechtsgültigkeit einzugehen. Hier soll nur eine knappe Skizze erfolgen.

Dynastische, Heirats- und Erbschaftspolitik spielten nicht nur im nordeuropäischen Mittelalter eine wichtige Rolle. Ende des 14. Jahrhunderts entstand dabei für Nordeuropa eine sehr heikle, aber durchaus chancenreiche Kombination von verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Königshäusern.

OA

Wie in ganz Skandinavien, waren die Zeitungen seit Ende des 19. Jhs. fast durchweg parteigebunden. Heutzutage bezeichnen sie sich selber fast alle als „oberoende“, das bedeutet unabhängig. Trotzdem ist es in Schweden üblich, dass man den Zeitungen auf Grund ihrer politischen Ausrichtung in einer parteipolitischen Ecke stellt. So werden etwa die Hälfte aller Zeitungen als den Liberalen Partei nahe stehend. Diese Partei ist deshalb bei weitem überrepräsentiert, verglichen mit den letzten Wahlergebnissen. Die sozialdemokratische Presse ist unterrepräsentiert. Aftonbladet ist mit fast 400.000 verkauften Exemplaren täglich die einzige größere, sozialdemokratische Boulevardzeitung. Die Zeitung Schweden mit den stärksten Auflage ist die liberale Expressen mit 570.000 verkaufte Exemplare. Mit 230.000 Exemplare ist Svenska Dagbladet die größte moderate, d.h. konservative, Zeitung.

WP

Ein wichtiges Verwaltungsprinzip in Schweden ist das Öffentlichkeitsprinzip. Das bedeutet, dass alle behördliche Schriftstücke bis auf wenige Ausnahmen sowohl der Presse als auch alle Privatpersonen zugänglich sein müssen. Man muss gar nicht angeben, warum ein Schriftstück eingesehen werden soll, und es ist nicht notwendig, sich auszuweisen. Dieses Prinzip ist seit 1766 in der Verfassung verankert und ist damit das älteste Informationsfreiheitsgesetz mit Verfassungsrang. Im Bereich von Datenschutz, das Partnerprinzip zu Informationsfreiheit, ist Schweden auch ein Vorreiter. Das erste Datenschutzgesetz weltweit bekam 1970 in Hessen Gesetzeskraft. Schweden hat 1973 bereits ein nationales Datenschutzgesetz verkündet. Das System der Ombudsmänner (schwed. *ombudsman*) ist eine weitere Besonderheit in Skandinavien. Sie schützen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger beim Umgang mit den Behörden und stellen die Befolgung wichtiger Gesetze sicher. Wer meint, ungerecht behandelt worden zu sein, kann sich an die Ombudspersonen wenden. Sie untersuchen den Fall und in besonderen Fällen treten als Sonderankläger auf vor Gericht.

WPCopy

Die Regierung führt erst mal einem Diskussionsprozess vor, bevor sie eine Proposition aufstellen mit Stellungnahmen, Untersuchungsergebnisse und den Wortlaut vom Gesetzesvorschlag. In den Reichstag-Ausschüssen kommt es dann selten zu wesentlichen Änderungen des auf diese Weise erstellte Gesetzesvorschlages. Der Reichstag kann den Gesetzesvorschlag beschließen, verwerfen, oder ihn an den Ausschuss zurückverweisen. Dazu bedarf es die Stimmen von einem Drittel der Abgeordneten.

Vor Neuwahlen wird der Reichstag aufgelöst. Das Recht, Neuwahlen auszuschreiben, hat die Regierung. In diesem Fall ist die Dauer einer Legislaturperiode, die durch Neuwahlen entstanden ist, nur bis zum regulären Ende der Wahlperiode. In Krisenfällen ist es möglich, eine Kriegsdelegation zu wählen. Sie besteht aus dem Präsidenten des Reichstags und fünfzig Reichstageabgeordneten, die für eine Amtszeit von 4 Jahren den Reichstag ersetzen.

Referendum

In einer Volksabstimmung zähle jede Stimme so viel wie alle anderen. Dieses Prinzip, was als sehr demokratisch gilt, übersieht, dass im parlamentarischen System ein mehr oder weniger weitgehender Minderheitenschutz in Einzelfragen integriert ist. Das ist aber bei Volksabstimmungen nicht der Fall. Will man wirklich, dass jede Stimme gleich viel zählt? In der Frage des Rechtsverkehrs sollten nicht die Stimmen vom Taxifahrer oder Omnibuschauffeurin mehr Gewicht bekommen als die des Rentners ohne Auto?

Es schließt sich an diesen Überlegungen die Frage an, ob man prinzipiell über jedes Problem eine Volksabstimmung durchführen kann oder darf. Fragen der Menschenwürde eignen sich zum Beispiel gar nicht als Themen für Volksabstimmungen.

Kalmar

Waldemar IV. Atterdag, hat die dänische Machtposition im ganzen Ostsee-Bereich gegen die Städte der Hanse zunächst erfolgreich verteidigt. Er hatte seine Machtausbauen können, er starb aber 1375 und hinterließ zwei Töchter. Seine Tochter Ingeborg war mit Heinrich III. von Mecklenburg verheiratet. Der Sohn von beiden, Albrecht von Mecklenburg, war noch von Waldemar IV. Atterdag als seinem Nachfolger auserkoren worden. Waldemar IV. Atterdags zweite Tochter, Margrethe, war mit Håkon VI. Magnusson vermählt. Er war Sohn des schwedisch-norwegischen Königs Magnus Eriksson in 1355 König von Norwegen geworden. Margrethe schaffte es nach dem Tod ihres Vaters, den dänischen Adel zu überzeugen, ihren Sohn Olav als Thronfolger zu akzeptieren. Olav ist 1370 geboren worden. Er wurde daher mit sechs Jahren in 1376 zum dänischen König, vier Jahre später in 1380 auch zum norwegischen König erwählt. Aber bevor er sein Amt als König antreten konnte, starb er mit 17 Jahren. Jetzt mußte die Nachfolgefrage erneut geklärt werden.

OA

Die Studenten und Studentinnen im Workshop haben folgende Beobachtungen gemacht und sie analysiert:

1. Die Berichterstattung ist sehr ausführlich gelaufen, die Titelseiten werden vollständig von dem Thema der deutschen Wiedervereinigung eingenommen. Es gibt auch zusätzlich zwei Seiten die nur diesem Thema gewidmet sind. Dieses Gewicht wird betont durch die vielen, großen Illustrationen. Verschiedene Aspekte werden herausgearbeitet: Nicht nur politischen Implikationen, sondern auch kulturelle, freizeitgestalterische, psychologische Probleme, Einkommens- und Arbeitsverhältnisse, aber auch Sport werden berücksichtigt.
2. Viele Artikel werden von TT-Reuter übernommen. Es gibt aber auch eigene Korrespondenten vor Ort, die recherchiert haben.
3. In den vielen Illustrationen wird mit sehr starken symbolischen Bezügen gearbeitet. Die Fahne, bundesdeutsche und DDR; die DDR-Fahne teilweise mit herausgeschnittenem sozialistischen Staatswappen; viele Menschen, die auf der Statue von Marx und Engels herumklettern.

WP

Schwedens staatliche Verwaltung ist mit Stand 2016 in 21 Provinzen (*län*) aufgeteilt. Sie lehnen sich zum Teil an die historischen Provinzen (*landskap*) an, die bis 1634 galten. Das sieht man in der Namensgebung der Provinzen. Einigermassen übereinstimmend mit den historischen Provinzen sind: Gotland, Skåne, Blekinge, Östergötland, Värmland und Dalarna. In einigen Fällen sind die historischen Provinzen in zwei oder mehr aktuelle Provinzen aufgeteilt, wie Lappland oder Småland. Auch wurden mehrere historische Landschaften zusammengefasst zu einer Provinz, z.B. Jämtlands län und Västra Götalands län. Die Provinzgrenzen folgen in etwa die historischen Grenzen, es gibt aber viele kleineren Abweichungen.

WPCopy

Es gibt auch lokale und regionale Parteien, die Abgeordnete in Provinziallandtage oder Gemeindeversammlungen stellen. Seit 2003 gibt es „Junilistan“, eine europakritische Partei. 2004 hat die Partei 14,5 % der Stimmen bekommen in der Wahl zum Europäischen Parlament, sie sind damit dort eingezogen. Allerdings bekamen sie 2009

nur noch 3,6 %. Die Piratpartiet (Piratenpartei), die 2006 gegründet wurde, hat 2009 7,13 % der Stimmen erhalten und damit einen Sitz. Sollte das Europaparlament sich auf 751 Sitze erweitern, würde ein weiteres Mandat an dieser Partei fallen. Bei den Reichstagswahl 2010 hat sie aber diesen Erfolg nicht wiederholen können, sie erhielt nur 0.63% der Stimmen. In 2005 wurden die Partei Feinistiskt initiative (Fi) von der ehemaligen Vorsitzenden der Vänsterpartiet, Gudrun Schyman, gegründet. Sie bekam zwar sehr viel mediale Aufmerksamkeit, hat es aber bisher in einer regionalen oder das nationalen Parlament geschafft. Deren beste Ergebnis war 2,22 % bei der Europawahl 2009. Nur in Schymans Heimatkommune, Simrishamn, bekam die Partei 4 der dort 49 zu vergebende Gemeinderatsmandate.

Referendum

Der Anfangspunkt für Überlegungen über Zweck und Sinn von Volksabstimmungen ist, dass in Nordeuropa es parlamentarisch-repräsentative und demokratische Systeme gibt, in denen der Montesquieuschen Gewaltenteilung das politische Handeln, Entscheidung und Verantwortung das Parlament und die Regierung gibt. Die Vertreter sind beauftragt von den einzelnen Bürger, ihn zu repräsentieren, er soll seiner politischen Willen wiederfinden, aber dennoch soll das System handlungsfähig bleiben und eine nachvollziehbare Rationalität an den Tag legen. Diese Forderungen könnten aber überlagert werden, wenn Volksstimmungen als Instrument zu einem steten Ausrichten von politischen Handeln, in etwa wie Wetterfahnen, die je nach Windrichtung sich drehen.

Kalmar

Olavs Onkel Albrecht II. von Mecklenburg regierte seit 1364 in Schweden. Die maßgeblichen politischen Kräfte im Norden – Margrethe, die Mecklenburger, die schwedischen und dänisch-norwegischen Adel und die Hanse – standen erneut vor schwierigen strategischen Entscheidungen. Geschickt nutzte Margrethe das drohende Machtvakuum und ließ sich in Dänemark in 1375, fünf Jahre später in Norwegen, und 1388 in Schweden zum Regentin einsetzen. Für die Hansestädte war die Lage kompliziert. Sie hatten sich im Stralsunder Frieden (1370) nach ihren großen militärischen Sieg über Waldemar Atterdag ein Mitspracherecht bei der Thronfolge in Dänemark zugesprochen bekommen.

OA

Die politischen Ereignissen stehen inhaltlich im Mittelpunkt. Sie sind aber nur im sehr geringen Umfang mit historischen Hintergrundinformationen belegt. Wirtschaftliche oder soziale Folgen der Vereinigung spielen keine so große Rolle. Die Informationen, die wiedergegeben werden, erscheinen korrekt. Aber durch den positiv-überschwänglichen Charakter der durchgehend in den Artikel vermittelt werden, bekommen die Informationen ein ganz eigenes, überwiegend positives Bild. Das gilt vor allem für die umfangreiche Berichterstattung über die Aussagen vom Bundeskanzler Helmut Kohl zur Wiedervereinigung, die gar nicht hinterfragt werden, sondern nur zitiert werden. Die Berichterstattung hat in etwa den Umfang von der von Dagens Nyheter, aber es fehlt ein

großer, zentraler Aufmacher. Charakter und Themenauswahl sind außerdem etwas verschieden. Insgesamt wird in 9 umfangreichen und einigen kurzen Artikeln auf die neue deutsche Einheit eingegangen. Es wird aber hauptsächlich über politische, militärische und persönliche Ereignisse berichtet